

FACHKRÄFTE FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG GEWINNEN

Fachkräfte für Baden-Württemberg gewinnen

Die Auswirkungen des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels sind mittlerweile für viele Menschen in Deutschland spürbar. Diese Entwicklung wird sich insbesondere in Baden-Württemberg, das vom Fachkräftemangel besonders betroffen ist, weiter verschärfen. Aus einer aktuellen Umfrage des IHK-Fachkräftemonitors ergibt sich, dass für fast 60 % der befragten Unternehmen der Fachkräftemangel ein akutes Geschäftsrisiko ist. In den nächsten Jahren gehen die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand, gleichzeitig kommen nicht genügend ausgebildete Fachkräfte auf den Arbeitsmarkt. Deshalb gehen Prognosen davon aus, dass im Jahr 2035 rund 863.000 Fachkräfte in Baden-Württemberg fehlen.

Im Jahr 2035 werden nach aktuellen Prognosen 75.000 berufsqualifizierte Fachkräfte in der baden-württembergischen Einzelhandelsbranche fehlen. Gleichzeitig sind die für Baden-Württemberg so wichtigen exportabhängigen Branchen wie Fahrzeug- und Maschinenbau betroffen. Bis 2035 fehlen 45.000 berufsqualifizierte Fachkräfte im Fahrzeugbau und 42.000 berufsqualifizierte Fachkräfte im Maschinenbau. Aber auch die öffentliche Verwaltung, der Pflege- und Bildungsbereich sind vom Fachkräftemangel betroffen. Zur Beseitigung des Fachkräftemangels ist es erforderlich, dass wir unser heimisches Arbeitskräftepotenzial vollumfänglich nutzen. Insbesondere wollen wir den Erwerbsanteil bei Frauen steigern und Frauen eine Erhöhung ihres Arbeitsvolumens ermöglichen. Aber auch Ungelernte und Geringqualifizierte, Menschen mit Behinderung sowie Menschen mit Schwierigkeiten beim Spracherwerb benötigen noch mehr Unterstützung.

Hierzu müssen wir noch stärker in Aus- und Weiterbildung investieren. Außerdem müssen wir die Arbeitsbedingungen verbessern. Dies bedeutet unter anderem, dass jede und jeder anständig bezahlt wird und von seiner Arbeit gut leben kann.

Zusätzlich sind aufgrund der demographischen Entwicklung in Deutschland aber auch Arbeitskräfte aus dem Ausland erforderlich. Die Bundesagentur für Arbeit geht davon aus, dass wir bundesweit 400.000 Zuwanderer pro Jahr benötigen. Sie verwies schon im Jahr 2021 darauf, dass die Zahl der potenziellen Arbeitskräfte im typischen Berufsalter um fast 150.000 abgenommen habe. Der Gemeindetag Baden-Württemberg geht davon aus, dass der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg allein durch den demografischen Wandel in den nächsten Jahren rund 800.000 Personen verliert.

Wir wollen heimische und ausländische Arbeitskräfte nicht gegeneinander ausspielen – wir müssen beide Potenziale nutzen und fördern.

Der Schwerpunkt unserer Vorschläge liegt auf Maßnahmen, die im Land ergriffen werden müssen. Das Maßnahmenpaket ist daher nicht abschließend zu verstehen. Es sind insbesondere auch auf Bundesebene

vielfältige Maßnahmen erforderlich. Wir verfolgen und begleiten die bundespolitische Debatte hierzu, insbesondere auch die für das zweite Halbjahr angekündigten Maßnahmen zur Erwerbsmigration und zur Fachkräfteanwerbung.

Unsere Antworten auf den Fachkräftemangel:

- 1. Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierungsmaßnahmen**
- 2. Stärkung der Ausbildung mit einer Ausbildungsplatzgarantie**
- 3. Landesprogramm zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte**
- 4. Unbürokratischere und schnellere Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen**
- 5. Abschaffung der internationalen Studiengebühren**
- 6. Abschaffung der Kitagebühren und Ausbau der Betreuungskapazitäten in der Kita**

Im Detail sehen unsere Vorschläge wie folgt aus:

1. Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierungsmaßnahmen

Wir müssen unser heimisches Arbeitskräftepotenzial nutzen. Dafür müssen wir in Qualifizierung und Weiterbildung investieren: Ungelernte Kräfte müssen qualifiziert, Menschen ohne Arbeit in eine Beschäftigung gebracht und Beschäftigte, deren Arbeitsstellen wegfallen können, müssen weitergebildet werden. Laut einer erst unlängst von der Agentur für Arbeit Baden-Württemberg vorgestellten Datenauswertung eines Expertengremiums besteht in Baden-Württemberg ein Fachkräftepotential von bis zu 110.000 Vollzeitäquivalenten durch den Ausbau von Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung und durch die Verringerung von Ausbildungs- und Studienabbrüchen.

Als einen ersten Schritt fordern wir von der Landesregierung einen Weiterbildungsfonds mit einem Budget von 20 Mio. Euro, der insbesondere Beschäftigten in kleineren und mittleren Unternehmen zugutekommen soll. Dieser Fonds ist ein wichtiger Beitrag, um die Transformation in kleinen und mittleren Betrieben zu unterstützen und die Beschäftigung zu sichern.

Außerdem müssen weitere Maßnahmen für Geringqualifizierte ergriffen werden. Wir wollen die Potentiale dieser Gruppe nutzen, indem einerseits die Qualifizierung forciert wird, aber auch Instrumente entwickelt werden, um für die Dauer von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen direkte finanzielle Unterstützungsleistungen des Landes zur Verfügung zu stellen. Auch das Potential von Langzeitarbeitslosen ist dabei zu berücksichtigen.

Die in der Landeskompentenz liegenden Ausbildungen für Helferberufe sind so auszurichten, dass mit ihnen der Übergang zu einer verkürzten Fachkraftausbildung möglich bzw. attraktiv wird. Aktuell brauchen wir das zwingend für die Pflegeassistenten.

2. Stärkung der Ausbildung mit einer Ausbildungsplatzgarantie

Die Bedeutung der beruflichen Ausbildung muss gestärkt werden: eine Ausbildung muss genauso attraktiv wie ein Studium werden. Wir unterstützen die hierzu ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung, sehen aber weiteren Handlungsbedarf.

Auch zu Beginn dieses Ausbildungsjahres hatten viele Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss noch keinen Ausbildungsplatz, obwohl es mehr Ausbildungsplätze als Bewerberinnen und Bewerber gab. Auch leistungsschwächere Jugendliche haben das Recht auf eine Ausbildung und werden für den Arbeitsmarkt benötigt. Deshalb ist eine Ausbildungsplatzgarantie – wie sie im Übrigen auch im Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz steht – nach wie vor notwendig. Es gibt eine hohe Anzahl an potenziellen Auszubildenden, die schon länger ohne Ausbildungsplatz blieb. Wir müssen uns um diese Gruppe stärker kümmern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Ausbildungsbetriebe, die einen bislang über ein Jahr lang unversorgten jungen Menschen in Ausbildung bringen, hierfür nach erfolgreichem Abschluss des ersten Lehrjahrs eine Ausbildungsprämie erhalten sowie die Zusicherung der bedarfsorientierten pädagogischen Begleitung der Ausbildung über vom Land finanzierte Pädagoginnen und Pädagogen.

Weitere Informationen zu unseren Forderungen im Bereich der Ausbildung befinden sich in unserem Papier „Berufliche Bildung zukunftssicher aufstellen!“ aus dem Mai 2022.

3. Landesprogramm zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte

Das Land muss ein eigenes Programm zur Anwerbung von ausländischen Fachkräften auflegen, das in Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden unter Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden entwickelt und durchgeführt wird. Wir müssen gezielt und mit direkter Ansprache im Ausland nach Fachkräften suchen – das Aufhängen von „The Länd“ Plakaten genügt bei Weitem nicht.

Das Programm soll mit Ländern und Städten im Ausland durchgeführt werden, zu denen Baden-Württemberg schon enge Beziehungen z.B. im Wege von Städtepartnerschaften pflegt. Ziel ist es, ausländische Fachkräfte durch Fachkräftebotschafter in ihrem Heimatland gezielt für bestimmte Berufe in Baden-Württemberg zu gewinnen und sie und ihre Familien unter anderem bei der Erledigung von Behördengängen, Wohnungssuche und Sprachkursen zu unterstützen.

Die 21 Mio. Euro, die für die Finanzierung der Werbekampagne „The Länd“ ausgegeben werden, sollen für ein solches Landesprogramm verwendet werden.

4. Unbürokratischere und schnellere Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen

Menschen mit ausländischen Berufsqualifikationen in geregelten Berufen ist ein zeitnaher, qualifizierter Eintritt in den Arbeitsmarkt nur dann möglich, wenn ihre Abschlüsse und Qualifikationen unbürokratisch und schnell anerkannt werden. Wir müssen im Land dafür sorgen, dass die anerkennenden Stellen in den Regierungspräsidien mit ausreichend Personal ausgestattet sind und die Strukturen, insbesondere die Zuständigkeiten, eindeutig geklärt sind. Aktuell dauern die Anerkennungsverfahren immer noch zu lange. Zudem müssen die Beratungskapazitäten für die Anerkennungsverfahren gestärkt werden.

Wir unterstützen die Pläne von Innenministerin Nancy Faeser und Arbeitsminister Heil die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen neu zu regeln. Danach soll der deutsche Arbeitsmarkt – wie in anderen Ländern üblich – auch für Fachkräfte geöffnet werden, die einen Arbeitsvertrag, aber noch keinen in Deutschland anerkannten Abschluss haben. Das Anerkennungsverfahren können sie dann mithilfe des deutschen Arbeitgebers nachholen. Dafür schließt die zukünftige Fachkraft eine Anerkennungspartnerschaft mit dem Arbeitgeber. In besonderen Bereichen wie etwa der Pflege werden damit schon seit Jahren gute Erfahrungen gemacht.

5. Abschaffung der internationalen Studiengebühren

Wir fordern von der Landesregierung die Abschaffung der Studiengebühren für internationale Studierende. Die Studiengebühren führen zu Nachteilen der Hochschulen im Wettbewerb um ausländische Studierende, wirken abschreckend und sind sozial diskriminierend. Die Landesregierung steckt 21 Mio. Euro in eine Kampagne, um im Ausland Werbung für Baden-Württemberg zu machen, und gleichzeitig heißt sie ausländische Studierende mit Studiengebühren „willkommen“. Dieser Widerspruch muss endlich aufgelöst werden.

6. Abschaffung der Kitagebühren und Ausbau der Betreuungskapazitäten in der Kita

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, muss die Landesregierung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker fördern. Wir wollen den Erwerbsanteil von Frauen steigern.

Wir fordern die Kita Gebühren abzuschaffen, die zu oft als Zugangshürde wirken. Außerdem müssen die Betreuungskapazitäten in der Kita ausgebaut werden, denn aktuell kann vielen Kindern keine ausreichende Betreuung angeboten werden. Gerade Mütter müssen daher oft länger als geplant zu Hause bleiben. Für die Familien bedeutet das finanzielle und berufliche Unsicherheit – den Müttern droht darüber hinaus die Altersarmut. Um dem Fachkräftemangel in Kitas effektiv entgegenzuwirken sind zahlreiche Maßnahmen notwendig. Diese sind in unserem Papier „Für gute Kitas. Für starke Kinder und Familien.“ aus dem September 2022 ausgearbeitet.